

feststellen können, daß bisher die Gesamtnote für das Projekt in der Zone 2,20 liegt – ein sehr anderes Ergebnis, als uns viele Pressedarstellungen glauben machen wollen. In diesem Zusammenhang bleibt mir unverständlich, an wen sich Frau Pissarek-Hudelist wendet, wenn sie am Schluß die „Initiatoren“ des Projekts und deren von ihr vermutete Meinung anspricht, am Projekt festhalten zu wollen. An welche Initiatoren denkt sie da? An Kardinal Oddi und an mich? Dann ist sie einem Mythos aufgesessen. Oder denkt sie an die Synode von 1985? Dann sollte dieser qualifizierten Vertretung des Weltepiscope doch wohl mehr Achtung entgegengebracht werden. Im übrigen ist die Breitenstreuung in der Mitarbeit am Katechismus durch die weltweite Konsultation größer, als sie bei den als Muster hingestellten amerikanischen und österrei-

chischen Hirtenbriefen hatte sein können. Ich finde es bedauerlich, daß die sonst bemerkenswerten Ausführungen der Verfasserin an manchen Stellen, besonders am Schluß, in die Nähe des Gehässigen geraten. Es gibt keinen nachkonziliaren Text, der auf einer breiteren Grundlage steht, als dies beim Katechismus nach allen Konsultationen der Fall sein wird. Im übrigen sollte man nicht vergessen, daß die Menge der Verfasser nur ein Mittel sein kann für das Eigentliche: für die größtmögliche Treue zu dem, was wir nicht erdacht haben, sondern was uns als Verwaltern göttlicher Geheimnisse übergeben wurde. Denn der Katechismus soll nicht möglichst viele Meinungen spiegeln, die kommen und gehen, sondern möglichst unverfälscht das einfache Licht von Gottes Offenbarung durchscheinen lassen. *Joseph Kardinal Ratzinger*

Kurzinformationen

Erste Vorbereitungsstagung zur Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa

Vom 5. bis 7. Juni kamen im Vatikan die Vorsitzenden der europäischen Bischofskonferenzen bzw. ihre Stellvertreter zu einer ersten Vorbereitungsstagung für die von Johannes Paul II. bei seinem Besuch in Velehrad angekündigte Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa zusammen. An der Tagung nahmen auch Vertreter der katholischen Ostkirchen, der Orden und der Kurie teil. Die Deutsche Bischofskonferenz war durch ihren Vorsitzenden, Bischof *Karl Lehmann*, vertreten, die Berliner Bischofskonferenz durch Weihbischof *Norbert Werbs* (Schwerin). Die Beratungen im Vatikan galten Thematik und Datum der geplanten Europasynode, den Kriterien für die Auswahl der Synodenväter und der Teilnahme von Beobachtern aus anderen christlichen Kirchen. Breiten Raum nahmen bei dem Treffen die Berichte der Bischöfe aus den osteuropäischen Ländern ein. Im Blick auf die Struktur der Synode gab es zwei Tendenzen: Die einen favorisierten eine Versammlung, die in mehreren Phasen über einen längeren Zeitraum hinweg tagen soll, andere sprachen sich für eine kurze Veranstaltung aus, die mehr Signalcharakter haben könnte. Als Termin kommt frühestens Ende 1991 in Frage. Johannes Paul II. hielt zu Beginn der Tagung eine weit ausholende *Grundsatzansprache* (vgl. *Osservatore Romano*, 6. 6. 90), die sich kaum mit der Thematik der geplanten Synode, sondern weithin mit der Thematik der geplanten Synode, sondern weithin mit der europäischen Kirchen- und Geistesgeschichte sowie mit dem Demokratisierungsprozeß im bisherigen Ostblock befaßte. Der Papst zeichnete den Weg von dem „theozentrischen Bild der Wirklichkeit“ im Mittelalter über die neuzeitliche Wende zum Subjekt und die Entwicklung der Naturwissenschaften bis zum Marxismus und Positivismus als den weltanschaulichen Zuspitzungen dieses Prozesses nach. Johannes Paul II. betonte das Heimatrecht

des christlichen Glaubens in der europäischen Geschichte und Kultur. Als *Hauptthema für die Europasynode* nannte er zwei Grundfragen: Welche Gaben und Erfahrungen können die Kirchen aus den bisher kommunistischen Ländern einbringen? Wie muß der gegenseitige Austausch im Blick auf die Sendung der Kirche in Europa und in der Welt weiterentwickelt werden?

„Berliner Erklärung“ des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und katholischer Laienvertreter aus der DDR

Unmittelbar vor Beginn des Katholikentages (vgl. ds. Heft S. 316) wurde am 23. Mai auf der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in Berlin die „Berliner Erklärung deutscher Katholiken“ verabschiedet. Es handelt sich dabei um die erste gemeinsame Stellungnahme des ZdK mit katholischen Laienvertretern aus der DDR. Der einstimmig verabschiedete Text betont, das deutsche Volk stehe vor einer neuen Zukunft, „vor neuen Chancen des Zusammenlebens im eigenen Land, in Europa und in der Einen Welt“. Die gegenwärtige Situation in Deutschland fordere von allen ein hohes Maß an Solidarität, die der sittlichen Anstrengung aller Bürger und auch des persönlichen Opfers bedürfe. Die katholischen Laiengremien zur *Unterstützung der Länder Mittel- und Osteuropas* bei ihren Bemühungen, politisch und wirtschaftlich stabile Gemeinwesen zu entwickeln. Sie legen ein gemeinsames Bekenntnis ab „zur europäischen politischen Kultur, der die freiheitliche Demokratie entstammt“. Diese Kultur sei im tiefsten auch christlich bestimmt und bezeichne den Rahmen für ein zukünftiges Europa der Freiheit, der Einheit und des Friedens. Als Ziel der Entwicklung wird der „europäische Bundesstaat“ genannt, „dessen Glieder bei aller Verschiedenheit in freier Entscheidung eine Einheit, eine Solidar- und Wil-

lensgemeinschaft bilden“. Die Erklärung stellt fest: „Als Christen setzen wir uns dafür ein, daß die christliche Prägung Europas im Pluralismus der Wertvorstellungen sichtbar und wirkmächtig ist.“ Die Laienvertreter aus den beiden deutschen Staaten rufen auch zu *tatkräftiger Solidarität mit den Entwicklungsländern* auf. Deutsche Entwicklungspolitik müsse im ständigen politischen Dialog mit den Regierungen der Entwicklungsländer versuchen, „die internationalen und nationalen Rahmenbedingungen bis in die Regionen und Gemeinden hinein so zu beeinflussen, daß die sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen, die meist die Mehrheit der Bevölkerung eines Landes darstellen, größere Entfaltungsmöglichkeiten erhalten“.

Vollversammlung der katholisch-orthodoxen Dialogkommission im Zeichen der Uniertenfrage

Bei der sechsten Vollversammlung der katholisch-orthodoxen Kommission für den theologischen Dialog, die vom 7. bis 14. Juni in Freising stattfand, drängte die zwischen den beiden Gesprächspartnern strittige Frage der *katholischen Ostkirchen* das eigentlich vorgesehene theologische Gesprächsthema in den Hintergrund. Nachdem die Kommission bei ihrer fünften Vollversammlung im finnischen Kloster Valamo (vgl. HK, August 1988, 397) Ende Juni 1988 ein drittes gemeinsames Dokument verabschiedet hatte („Das Weihesakrament in der sakramentalen Struktur der Kirche“), sollte es in Freising eigentlich schwerpunktmäßig um ein Dokument zum Thema Konziliarität und Autorität in der Kirche gehen. Darüber konnte bei der Vollversammlung allerdings erst ganz zum Schluß ausführlicher gesprochen werden. Breiten Raum nahm demgegenüber das vor allem durch die Teillegalisierung der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine und die Wiederzulassung der griechisch-katholischen Kirche in Siebenbürgen brennend gewordene Problem der „unierten“ Ostkirchen. Offenbar kam es in Freising zu heftigen Diskussionen über dieses Thema, das den theologischen Dialog zwischen Katholiken und Orthodoxen schon seit seinem Beginn 1980 als Stolperstein begleitet und jetzt praktisch blockiert. Nach kontroversen Beratungen konnte man bei der Freisinger Vollversammlung eine *gemeinsame Erklärung* zur Frage der katholischen Ostkirchen verabschieden, die zunächst den beiden Kirchen zugeleitet und dann erst veröffentlicht werden soll. Vorarbeiten hatte dazu die in Valamo eingesetzte *Unterkommission* zum Uniertenproblem geleistet, die Ende Januar dieses Jahres in Wien getagt hat (vgl. HK, März 1990, 144). Trotz der bestehenden Hemmnisse soll der theologische Dialog zwischen katholischer und orthodoxer Kirche weitergehen. Metropolit *Stylios* vom Ökumenischen Patriarchat, orthodoxer Präsident der Kommission, sagte nach der Freisinger Vollversammlung, der Dialog sei „zu wertvoll und zu heilig“, um wegen solcher Schwierigkeiten zerstört zu werden. Auf katholischer Seite wird die Dialogkommission vom neuen Präsidenten des Rates für die Einheit der Christen, Erzbischof *Edward Idris Cassidy*, geleitet.

Seine 48. Auslandsreise führte Johannes Paul II. nach Malta.

Der Aufenthalt von Johannes Paul II. auf der Mittelmeerinsel Malta vom 25. bis zum 27. Mai war insofern keine Reise wie manche andere, weil erst vor wenigen Jahren die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche, zu der sich 98 Prozent der maltesischen Bevölkerung bekennen, und der damals noch sozialistischen Regierung des Landes äußerst gespannt waren (vgl. HK, Januar 1985, 43 ff.). Nach dem Regierungswechsel von 1987, der die Christdemokraten an die Macht brachte, hat sich die Lage in den strittigen Fragen der Unterstützung kirchlicher Schulen durch den Staat sowie des kirchlichen Besitzes sichtlich entspannt. Bei einer Zusammenkunft mit dem maltesischen Präsidenten *Censu Tabone* sowie Vertretern von Regierung, Parlament und Justiz wies der Papst darauf hin, daß die Kirche frei sein solle von jeglichem Druck, von Hindernissen und Einflußnahmen, um so ihren Dienst zum Wohl der Menschen wie der Gesellschaft tun zu können. Johannes Paul II. sprach in dem Zusammenhang ausdrücklich von „positiven Ergebnissen“ der Gespräche zwischen der maltesischen Regierung und dem Apostolischen Stuhl. Er gab auch seiner Hoffnung Ausdruck, daß die nationale Führung darauf achten werde, daß die unveräußerlichen Rechte der menschlichen Person ohne Rücksicht auf Rasse, Religion und politischer Anschauung nicht solchen Ideen und Einstellungen geopfert werde, die der *christlichen Tradition Maltas* fremd seien. Malta ist neben Irland das einzige europäische Land, in dem Scheidung und Abtreibung gesetzlich verboten sind. In seinen insgesamt zwölf Ansprachen vor Priestern und Ordensleuten, Jugendlichen und Intellektuellen, Vertretern anderer christlicher Kirchen, Kranken und anderen ging der Papst wiederholt auf die Gefahren gesellschaftlichen und kulturellen Wandels ein, des zunehmenden Gewichts eines praktischen Materialismus und Konsumismus.

Die Schändung eines jüdischen Friedhofs zieht in Frankreich eine Welle der Empörung nach sich

Abscheu über die Tat sowie kritische Selbstbesinnung in bezug auf die Verbreitung antisemitischer und rassistischer Einstellungen erfaßte in den zurückliegenden Wochen Frankreich, nachdem am 10. Mai im südfranzösischen Carpentras eine beispiellose Schändung eines jüdischen Friedhofs entdeckt worden war. Erste Untersuchungen ergaben, daß etwa 34 Gräber beschädigt bzw. verwüstet wurden. Obendrein wurde ein erst vor wenigen Wochen beerdigter Leichnam exhumiert und mit Hilfe eines Regenschirms aufgespießt. Über die Täter und die näheren Hintergründe der Tat ist bisher noch so gut wie nichts bekannt. Carpentras besitzt eine bis ins Mittelalter zurückgehende jüdische Tradition. Die Nachricht von der Friedhofsschändung löste in der französischen Öffentlichkeit einen *schockartigen* Zustand aus, nachdem Rassismus und Antisemitismus die französische Öffent-

lichkeit in den vergangenen Monaten im Zusammenhang mit der Diskussion um eine geplante – und inzwischen in erster Lesung von der Nationalversammlung angenommene – Verschärfung der *Antirassismugesetzgebung* beschäftigt hatten. Führende Politiker des Landes wie auch Vertreter aller großen Kirchen und Religionsgemeinschaften brachten in Stellungnahmen ihre Abscheu über die Tat zum Ausdruck. Am 14. Mai kam es in der Pariser Innenstadt zu einem Schweigemarsch, zu dem der *Konsultativrat jüdischer Organisationen in Frankreich* (CRIF) eingeladen hatte und an dem 200 000 Personen teilnahmen, unter ihnen – neben zahlreichen Kirchenvertretern – die gesamte politische Führung vom Präsidenten bis zur Regierung und Opposition – allerdings ohne den rechtsextremen *Front National*. Der Vorsitzende der französischen Bischofskonferenz, Kardinal *Albert Decourtray*, bezeichnete die Tat in Briefen an die jüdische Geistlichkeit als eines der dunkelsten Daten der Geschichte Frankreichs und der Geschichte der Menschen in Frankreich. Der Erzbischof von Paris, Kardinal *Jean-Marie Lustiger*, selbst jüdischer Herkunft – seine Mutter kam 1943 im Vernichtungslager Auschwitz um –, forderte seine Landsleute auf, sich der eigenen Vergangenheit der Kollaboration zur Zeit der Besatzung durch die Deutschen sowie der Verstrickung bei den Deportationen in die Vernichtungslager zu stellen. Der französische Großrabbiner *Joseph Sitruk* erinnerte die Politiker an ihre Verantwortung, wenn sie sich mit Vorschlägen zu Wort meldeten, die als Aufforderung zu *Haß* und *Fremdenfeindlichkeit* verstanden werden könnten. Im Mittelpunkt solcher Vorwürfe steht der *Front National* und sein Führer *Jean-Marie Le Pen*, denen vorgehalten wird, sie hätten durch ihre rassistischen Ziele wie dadurch, daß man den Antisemitismus und die Vernichtung der Juden verharmlose, wesentlich zur Entstehung eines *Klimas* beigetragen, das Verbrechen wie das von *Carpentras* und andere erst möglich machten.

In Mexiko gewinnt die Zölibatsfrage an Schärfe

In der mexikanischen Kirche ist die Diskussion um den Zölibat öffentlich entflammt. Der Erzbischof von Oaxaca, *Bartolomé Carrasco* (71), informierte bei seinem letzten Ad-limina-Besuch den Apostolischen Stuhl auf Anfrage darüber, daß in seiner Diözese zwischen 70 und 75 Prozent des Klerus „Probleme mit dem Zölibat“ hätten. Bewogen habe ihn dazu sein „Gewissen“ und die „Mission als Bischof“. Der Vatikan reagierte, indem er dem Oberhirten im April 1988 einen Koadjutor „mit besonderen Vollmachten“ an die Seite stellte. Erzbischof-Koadjutor *Hector González Martínez* werde in Zukunft für die „Disziplin des Klerus und die Überwachung des Diözesan- und Regionalseminars verantwortlich sein“, schrieb der Präfekt der römischen Bischofskongregation, Kardinal *Bernardin Gantin*, nach Oaxaca. Nach der Amtsenthebung des ersten Priesters im Frühjahr dieses Jahres ist das Verhältnis zwischen dem Koadjutor und dem Klerus von Oaxaca (etwa 100 Diözesan-, 40 Ordenspriester) äußerst gespannt. Am Rande der letzten Vollversammlung der

Mexikanischen Bischofskonferenz Ende April räumten sowohl der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof *Adolfo Suárez Rivera*, als auch der Apostolische Delegat in Mexiko, Erzbischof *Girolamo Prigione*, ein, daß das Problem der Zölibatsübertretungen auch in vielen anderen Diözesen des Landes bestehe. Zahlen könne man nicht nennen, so Rivera, „weil wir noch keine Umfrage durchgeführt haben“. Der Bischof von Tehuantepec, *Arturo Lona*, forderte, das Problem müsse ehrlich und gründlich angegangen werden. Er sieht einen Zusammenhang zwischen der römischen Maßnahme, einen Koadjutor nach Oaxaca zu schicken, und der pastoralen Linie des dortigen Erzbischofs. Er vertrat die Ansicht, daß die priesterliche Disziplin nur ein Vorwand sei, „um unsere Pastoral, die Option für die Armen zu treffen“. Lona befürchtet, daß dem Regionalseminar der süd-mexikanischen Pastoralregion in Tehuacán nach einer römischen Visitation im Januar die baldige Schließung drohe. Die armenorientierte Pastoral in der süd-mexikanischen Kirche ist maßgeblich das Werk des Erzbischofs von Oaxaca.

Zwischen CLAR und CELAM zeichnet sich eine Entspannung ab

Nach einer Phase anhaltender Spannungen haben die Lateinamerikanische Konferenz der Ordensoberen (CLAR) und der Lateinamerikanische Bischofsrat CELAM die Gespräche wieder aufgenommen. Der CLAR-Vorsitzende, der argentinische Kapuzinerpater *Luis Coscia*, äußerte in Bonn die Zuversicht, daß auch dem Apostolischen Stuhl, dessen Kleruskongregation in den Konflikt eingegriffen hatte (vgl. HK, 1989, 491), nicht an einer weiteren Verschärfung der Auseinandersetzung gelegen sei. Derzeit ist das theologische Team, das im Auftrag der CLAR das 1989 von Rom beanstandete und schließlich verbotene Bibelprojekt „Wort und Leben“ erarbeitet hatte, dabei, das Projekt fortzuschreiben. Seine Nutzung soll den lateinamerikanischen Ortskirchen überlassen bleiben. Die Brasilianische Bischofskonferenz hat die vorliegende Fassung bereits autorisiert. Der Streit um das Bibelprojekt der CLAR legt einen tieferen kirchenpolitischen Konflikt offen: Die lateinamerikanischen Ordensleute wollten „entsprechend ihrem spezifischen Charisma“ (P. Coscia) mit „Wort und Leben“ einen eigenen Beitrag zur Vorbereitung des bevorstehenden 500-Jahr-Gedenkens der Evangelisierung Lateinamerikas leisten mit dem doppelten Ziel der Neu-Lektüre der Bibel aus der Sicht der Armen und mit den Armen sowie der Vertiefung des missionarischen Ordensverständnisses auf der Basis der „vorrangigen Option für die Armen“. CLAR verstehe seine befreiungstheologisch und armenorientierte pastorale Arbeit im Sinn einer Vorreiterfunktion der lateinamerikanischen Kirchen, betonte Coscia in Bonn. CELAM hingegen strebe eine stärkere Integration der Ordensleute in die Gesamtpastoral an und sehe die Eigenständigkeit der CLAR eher als Problem denn als Bereicherung kirchlichen Lebens in Lateinamerika.